

„Coca-Cola selbst hatte bereits die Austrittsformulare vorbereitet“

Ein Interview mit zwei Funktionären der kolumbianischen Gewerkschaft SINALTRAINAL über Gewerkschaftsarbeit, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung durch Staat und Paramilitärs in Kolumbien

Von Tobias Singelstein, Berlin & Fabian Singelstein, Bogotá (Kolumbien)

Die kolumbianische Gewerkschaft SINALTRAINAL (Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de Alimentos) vertritt die Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie, die vor allem bei Coca-Cola und Nestlé beschäftigt sind. Ende 2004 trafen wir zwei ihrer Funktionäre und sprachen mit Ihnen über die Arbeit der Gewerkschaften und die gesellschaftliche Situation in Kolumbien. Gonzalo Quijano Mendoza ist Mitglied im nationalen Rat der Gewerkschaft, Jorge Patiño sitzt im Leitungs-Rat für die Region Cucutá.

Kolumbien: Sozialer Konflikt, Aufstandsbewegung und Repression

In der europäischen Wahrnehmung wird mit Kolumbien meist Drogen und Bürgerkrieg assoziiert, ohne dass eine differenzierende Betrachtung des südamerikanischen Landes stattfinden würde. Kolumbien ist etwa drei Mal so groß wie die Bundesrepublik und hat ca. 40 Mio. Einwohner. Und: es ist ein reiches Land. Dies betrifft nicht nur Bodenschätze wie Erdöl, Edelsteine und verschiedene Metallerze, darunter Gold, sondern auch sonstige natürliche Ressourcen. Vom Regenwald über Karibikküste bis hin zum Hochgebirge der Anden hat das Land zwischen Panama, Venezuela, Peru und Equador nahezu alle Klimazonen zu bieten und weist u. a. deswegen mit die höchste Biodiversität der Welt sowie sehr gute Exportzahlen bspw. in den Bereichen Kaffee und Schnittblumen auf.

Nichtsdestotrotz sind die sozialen Verhältnisse in dem präsidentenregierten Nationalstaat verheerend. Der Reichtum des Landes kommt einer kleinen Oligarchie und transnationalen Konzernen zugute, die zudem die kostengünstigen Produktionsbedingungen ausnutzen. Währenddessen lebt die große Mehrheit der Bevölkerung in ärmlichen Verhältnissen: Nach gewerkschaftlichen Angaben leben 55 Prozent der Einwohner in Armut, 20 Prozent in absolutem Elend; 50 Prozent haben keine Sozialversicherung, eine Million Familien ist obdachlos und 15 Prozent der Haushalte verfügen nicht über einen Trinkwasseranschluss.¹ Diese extremen Widersprüche kann man in den großen Städten des Landes konkret beobachten: Während bspw. im Norden Bogotás ein zweites Zentrum entstanden ist, um das sich die reichen Wohnviertel unter dem Schutze zweier dort ansässiger Militärstützpunkte gruppieren, breiten sich nach Süden hin die Viertel der Mehrheit der Bevölkerung aus. Während man im Norden am Wochenende durch die Parks und Straße flaniert, die sich nicht wesentlich von anderen der westlichen Welt unterscheiden und wo Militärpolizei zum Schutz an jeder Ecke steht, errichten sich die armen Bevölkerungsschichten im Süden Hütten und einfache Häuser und kämpfen um den Anschluss dieser so entstehenden neuen Viertel an Strom und Wasser. Im alten Zentrum der Millionenmetropole treffen diese Widersprüche aufeinander, wenn die Wohlhabenden sich dort zum Arbeiten und Ausgehen treffen, während sich nebenan die allgegenwärtigen Obdachlosen gegenseitig um das bisschen Essen schlagen, das sie ergattern konnten.

¹ Vgl. Zelik, Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, 2. Aufl., Köln 2000, S. 9.

Dieser soziale Konflikt durchzieht die gesamte kolumbianische Gesellschaft und zeigt sich insbesondere im Bestehen der seit Jahrzehnten kämpfende Guerilla-Gruppierungen, die angesichts der Verhältnisse radikale soziale Veränderungen einfordern. Die herrschende Oligarchie beantwortet den sozialen Protest mit Repression. Diese Antwort trifft keineswegs nur die bewaffnet kämpfenden Gruppen, sondern seit jeher alle Protagonisten dieses Widerstands, alle sozialen Bewegungen, wie z. B. auch Gewerkschaften, Campesino- und Studentenbewegung die für einen sozialen Wandel eintreten. Opposition bedeutet daher in Kolumbien etwas vollkommen anderes als bspw. in den meisten europäischen Ländern: Wer sich für einen grundlegenden sozialen Wandel einsetzt, riskiert als politischer Gefangener für Jahre im Gefängnis zu verschwinden, vertrieben zu werden oder als Opfer einer extra-legalen Hinrichtung zu enden. In keinem anderen Land Südamerikas wird die Zivilbevölkerung derart terrorisiert wie in Kolumbien, „sind die Spielräume für eine legale Opposition so klein wie hier“.² Amnesty International verfügt laut seinem "Informationsdokument über die Republik Kolumbien für das UNO-Komitee gegen Folter" vom November 2003 über Informationen, "die auf generalisierte Folterpraktiken der Sicherheitskräfte und der ihnen verbündeten Paramilitärs" hinweisen. Und: "Nur in sechs Gefängnissen werden die internationalen Normen beachtet". Dabei handelt es sich im Kern um einen sozialen Konflikt, um den Krieg gegen die Bevölkerungsmehrheit, der von einer besitzenden Minderheit geführt wird, die ihre alten Privilegien erhalten will.³ Für beide Probleme, die so oft mit Kolumbien assoziiert werden gilt: Ohne grundlegende soziale Veränderungen wird es weder Frieden, noch eine Lösung des Konflikts um die Drogen geben.

Gewerkschaftsarbeit in Kolumbien

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist auch die gewerkschaftliche Tätigkeit eine gänzlich andere als bspw. in Europa. Schließlich besteht ein wesentlicher Teil der Aufgaben darin, die Rechte von Individuen und Gruppierungen einem Staat gegenüber einzuklagen, der sich in weiten Teilen nicht an seine eigenen Gesetze hält, während die Konzerne versuchen, mit aller Macht gewerkschaftliche Organisation zu verhindern und zu zerstören. Soweit Gewerkschafter in Kolumbien tätig sind, unterliegen sie wie andere soziale Organisationen ganz anderen Arbeitsbedingungen und sind Bedrohungen und Angriffen bis hin zum Mord ausgesetzt.

Das musste auch unser Interview-Partner Gonzalo vor fünf Jahren erfahren, als ihn sechs Kugeln nur knapp verfehlten. Seitdem hat er seine Region verlassen und arbeitet in der nationalen Verwaltung von SINALTRAINAL in Bogotá. In deren Zentrale – einem Reihenhaus in der Innenstadt, das von außen nicht als Gewerkschaftshaus zu erkennen ist und dessen Eingang videoüberwacht wird – treffen wir Gonzalo und Jorge zum Gespräch.

² Zelik, a. a. O. (Fn. 1), S. 10: „In Kolumbien ist es (...) gefährlicher, eine Gewerkschaft aufzubauen als eine Guerillaorganisation.“

³ Zelik, a. a. O. (Fn. 1), S. 10 ff. mit konkreten Beispielen und Zahlen.

Frage: Wie sieht Eure Arbeit als Gewerkschafter in Kolumbien aus, was macht ihr und welche Möglichkeiten gibt es, etwas zu verändern?

Gonzalo: In Wirklichkeit sind wir wenige. Bei Coca-Cola beispielsweise, wo neben Nestlé der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Organisierung besteht, sind statt früher über 1.000 nur noch einige Hundert Arbeiter von insgesamt 10.200 Beschäftigten Mitglied bei uns, auch weil viele nicht mehr fest vertraglich angestellt sind. In dieser Situation ist es sehr schwierig, die Produktion einzustellen. Trotzdem unterstützen uns viele Leute, wie zum Beispiel kürzlich, als Coca-Cola Leute entlassen wollte: Da ist es uns gelungen, dass sich die Firma auf Verhandlungen mit der Gewerkschaft einlässt, obwohl wir nur wenige sind. Was unsere politischen Vorschläge angeht, so haben wir erreicht, dass uns viele Vertreter sozialer Organisationen unterstützen, wie zum Beispiel der nationale Agrarkoordinator als Vertreter der Bauern oder einige Vertreter der Indigenas.

Frage: In Kolumbien gibt es immer mehr Arbeitslose. Wie behandelt ihr dieses Problem?

Gonzalo: Es gibt heute in Kolumbien eine hohe Arbeitslosigkeit und die Statistiken sind retuschiert, damit sich die Welt nicht über diese Arbeitslosigkeit entrüstet. Sie senken die Arbeitslosenquote, indem sie die informellen Arbeiter mit einbeziehen: Sie werden vom Staat als Angestellte betrachtet, aber sie verfügen über keine Krankenversicherung, verdienen keinen Mindestlohn – sie überleben bloß: In Häusern, die nicht einmal den elementarsten Sicherheitsvorschriften entsprechen, während Gesundheit immer mehr zu einem Geschäft wird. Wir wollen erreichen, dass diese Leute sich organisieren und für all diese Sachen kämpfen. Bedauerlicherweise erschwert der Staat alles und hindert die Leute daran, sich zu organisieren. Deshalb arbeiten wir und die anderen Gewerkschaften an einem Projekt, um mit Kleinhändlern und Straßenverkäufern zu arbeiten, damit sie lernen, wie sie sich organisieren und wie sie kämpfen können.

Frage: Wie sieht die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften aus, gibt es einen Dachverband?

Gonzalo: Ein Teil unseres Gewerkschaftsdachverbandes CUT (Central Unitaria de Trabajadores) bildet eine linke Minderheit und kämpft gegen die Politik des Neoliberalismus und gegen das Lateinamerikanische Freihandelsabkommen ALCA. Aber das ist nicht die ganze CUT. Es gibt auch eine rechte Fraktion, die die Mehrheit bildet und sich nachgiebig gegenüber der Politik verhält, die in unserem Land betrieben wird. Die Mehrheit der Gewerkschaften kämpfen nicht für grundlegende Veränderungen oder für eine politische Entwicklung des Landes. Aber neben uns gibt es einige Gewerkschaften, wie die Erdölgewerkschaft USO (Unión Sindical Obrera), die der CUT angehören und für ein neues Entwicklungsmodell und eine soziale Entwicklung des Landes kämpfen, damit bessere Lebensbedingungen herrschen, die Natur und die Umwelt respektiert werden etc.

Frage: Wo liegen im Augenblick die Schwerpunkte Eurer Arbeit?

Gonzalo: Wir machen eine Kampagne gegen Coca-Cola, die sich aus verschiedenen Aktivitäten zusammensetzt, insbesondere einem landesweiten Boykott von Coca-Cola-Produkten. Auslöser dafür ist die verbrecherische Politik, die Coca-Cola gegen die Arbeiter betreibt: Mord, willkürliche Verhaftungen, Verschwindenlassen von Personen, Folter, Vertreibungen – sogar von zwei kompletten Gewerkschafts-Vorständen –, Verfolgungen, die Verwendung genetisch manipulierter Rohstoffe. Wir kämpfen dagegen, damit das Unternehmen keine Verbrechen mehr begeht und öffentlich bekennt, dass es aus ihnen Nutzen gezogen hat. Au-

ßerdem unterstützen wir das "Observatorium zu Multinationalen, Medien und Menschenrechten", das sich nicht nur mit Coca-Cola beschäftigt, sondern auch mit der Politik von anderen multinationalen Konzernen, wie Erdöl- und Bergbauunternehmen. Es richtet sich insbesondere gegen das Einschleusen von Paramilitärs in die Fabriken, das Vertreibungen und Verfolgung nach sich zieht und worüber kaum informiert wird. Alleine in Barrancabermeja in Cúcuta sind im Jahr 2003 mehr als 1.000 Morde begangen worden, von denen nichts berichtet wurde.

Was den Alltag angeht, so kämpfen wir für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für ein anderes, demokratisches, zum Neoliberalismus alternatives Entwicklungsmodell, das anders als die bisherigen die strukturellen Probleme des Landes lösen kann.

Frage: Ihr habt die Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgung von Gewerkschaftern angesprochen. Könnt ihr ein paar konkrete Fälle berichten, und wie verhält sich der kolumbianische Staat zu diesen Problemen?

Gonzalo: Die Politik des Staates und die der Konzerne sind miteinander verflochten. 2004 erst versuchte Coca-Cola gleich ganze Sektionen von SINALTRAINAL mit Hilfe des Staates aufzulösen. Der Konzern ersuchte das Amtsgericht um die Schließung einer Sektion, aber das Amtsgericht erklärte, nachdem es die Satzung gesehen hatte, dies sei unmöglich und die Sektionen seien legal. Daraufhin ging Coca-Cola am 2. August 2004 direkt zum Arbeitsministerium, um dort die Abschaffung unserer Satzung zu erreichen, weil sie unredlich sei, obwohl sie 2002 offiziell bewilligt wurde – das Ministerium schaffte sie am 20. August ab. Das bedeutet eigentlich, dass unsere Sektionen in vielen kleineren Städten wie Santa Marta, Cúcuta, Barrancabermeja usw. schließen müssten. Eine Sektion muss nämlich mindestens 25 Arbeiter haben. Das Problem ist nun, dass die Satzung es uns erlaubt, nicht nur Industriearbeiter, sondern auch informelle Arbeiter aufzunehmen, wie Straßenverkäufer und Kleinhändler, die nicht einmal über einen Arbeitsvertrag verfügen. Wenn die Satzung abgeschafft würde, dann wäre dies nicht mehr möglich. Die oben erwähnten Sektionen, die viele informelle Arbeiter haben, hätten dann nicht mehr genügend Mitglieder, so dass sie eigentlich geschlossen werden müssten.

Frage: Einen weiteren Fall dieser Verflechtung und einer Reihe von Manipulationen gab es in Bucaramanga. Was könnt ihr darüber erzählen?

Gonzalo: Im März 1996 wurden drei Kollegen bei Coca-Cola bei der Arbeit festgenommen. Sie hatten keine Ahnung warum. Die Staatsanwaltschaft gab an, dass Anklage wegen Terrorismus und Rebellion gegen sie erhoben worden sei, weil sie eine Bombe im Betrieb gelegt hätten, die nicht explodiert sei. Falsche Zeugen hatten berichtet, sie hätten die Angeklagten in flagranti ertappt. Die drei Kollegen – Luis Eduardo García, Domingo Flores und Álvaro González – wurden sechs Monate gefangen gehalten. Als wir dagegen klagten und ihre Unschuld beweisen konnten, erwies sich alles als eine Manöver von Coca-Cola. Erst dann wurden die drei aus dem Gefängnis entlassen.

Coca-Cola erklärte sich für unschuldig, jemand anderes hätte den Konzern über die Tat informiert. Wir forderten daraufhin die Enthüllung der Identität des angeblichen Zeugen, damit wir ihn wegen Verleumdung anzeigen konnten. Aber die Staatsanwaltschaft offenbarte nie die Identität des angeblichen Zeugen, dessen Aussage zu dem Verfahren geführt hatte. Weder Coca-Cola noch der falsche Zeuge wurden jemals zur Rechenschaft gezogen, während unsere Kollegen sechs Monate ihres Lebens im Gefängnis verloren und ihre Familien psychische, soziale und materielle Schäden erlitten. Als der Kollege Sergio López später den Gewerkschafts-Vorstand verließ, wurde er sofort von Coca-Cola entlassen.

Frage: Der Prozess basierte auf einer einzigen Aussage eines Zeugen, der nie erschien?

Gonzalo: Ja, eines Zeugen, der nie erschien.

Frage: Ist das üblich?

Gonzalo: Ja, das kommt öfter vor. Zeugen werden von staatlicher Seite geschützt und oft geheim gehalten. Normalerweise bekommen sie einen falschen Namen, erscheinen nie persönlich. Es gibt nur eine schriftliche Aussage oder eine auf Tonband aufgenommene Stimme. In Arauca beispielsweise wurden etwa 145 Personen und 70 Vertreter sozialer Organisationen aus Tolima auf Grund von Aussagen anonymer Zeugen festgenommen, die behaupteten, diese Leute seien Terroristen. Dabei handelt es sich um eine Politik der Regierung, um die sozialen Organisationen mittels Verhaftung zu beseitigen: Nachdem Kolumbien wegen der Ermordung so vieler sozialer Führer international unter Beobachtung steht, wurde die Strategie geändert und wird nun mit Verhaftungen vorgegangen, um die Leute einzuschüchtern. Die Kollegen von Arauca wurden ungefähr 15 Monate gefangen gehalten, bis ihre Unschuld bewiesen war. Am 31. Dezember 2002 wurde der Kollege Alfredo Porras Ruedo, der Präsident der Sektion Bucaramanga, in Santander festgenommen und durch den Druck des Unternehmens und Morddrohungen gegen ihn und seine Familie zum Rücktritt gezwungen. Der Kollege wurde beschuldigt, die zweite Person in der Befehlskette der Frente Camilo Torres des Nationalen Befreiungsheeres ELN (Ejército de Liberación Nacional) zu sein. Vier Monate später wurde bewiesen, dass der Kollege mit der Guerilla gar nichts zu tun hat und er wurde aus dem Gefängnis entlassen. Trotzdem musste er das Land verlassen, weil die Drohungen gegen ihn nicht aufhörten. Ähnlich erging es vielen anderen Kollegen, die bedroht wurden, bis sie nichts anderes konnten, als das Land zu verlassen, nachdem es der Regierung nicht gelungen war, sie mit Verhaftungen ruhig zu stellen.

Im Juni 2004 wurde der Soziologie-Professor und Kollege Alfredo Correa de Andreis aus Barranquilla angeklagt, ein Ideologe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) zu sein. Er saß mehr als einen Monat im Gefängnis. Dann wurde er frei gelassen, um im September ermordet zu werden, vermutlich von Paramilitärs. Heute schreien alle nach Gerechtigkeit, aber er ist tot, er ist nicht mehr mit seiner Familie, mit seinen Freunden, er kann nicht mehr die wertvolle soziale Arbeit leisten, die er gemacht hat. Ich kannte ihn und deswegen tut es mir weh, das zu sehen.

Frage: Das heißt also, diese Verhaftungen und Anklagen von Gewerkschaftern sind willkürlich und falsch und dienen nur der Verhinderung gewerkschaftlicher und sozialer Arbeit?

Gonzalo: Bis jetzt konnte keine einzige Anklage gegen Gewerkschaftsführer bewiesen werden. Zum Beispiel gab es einen Streik bei der Telekom, woraufhin der Gewerkschaftsvorstand ein Jahr lang gefangen gehalten wurde. Um die Verhaftung und die Kündigung der Kollegen zu rechtfertigen, hatten Mitglieder der Unternehmensführung selbst Geräte beschädigt. Die Kollegen von SINALTRAINAL, die in Bucaramanga 1996 oder auch in Barrancabermeja 1999 verhaftet wurden, wurden alle beschuldigt, Mitglieder der Guerillas zu sein. Aber keiner dieser Prozesse war erfolgreich, weil es nur falsche Zeugen, erfundene Beweise usw. gab. Aber diese Anklagen gegen Gewerkschafter und Vertreter sozialer Organisationen dienen fast immer der Zerstörung der sozialen Organisationen. Zwar gelingt es den Kollegen normalerweise, ihre Unschuld zu beweisen und sie werden freigelassen. Aber nie sagte der Staat: "Sie wurden ungerecht verurteilt und wir werden Ihnen Schadenersatz zuerkennen." Oder: "Wir werden öffentlich bekennen, dass es sich um einen Fehler handelte und wir bitten Sie um Verzeihung." Bei der Verhaftung von Alfredo Porras Rueda beispielsweise sagte ein Oberst im Fernsehen, dies sei ein wichtiger Schlag gegen die ELN gewesen. Aber als Alfredo freige-

lassen wurde, berichtete kein Medium darüber. Noch im Dezember 2003 behauptete die Armee in einem Bulletin, dass es ein Erfolg gewesen sei, Alfredo Porras Rueda, einen der wichtigsten Anführer der ELN, festgenommen zu haben, obgleich schon lange bewiesen war, dass er mit der Guerilla nichts zu tun hatte.

Frage: Aber was hat Coca-Cola oder haben andere Konzerne mit dieser Politik zu tun?

Gonzalo: Die Konzerne sind diejenigen, die einen Nutzen aus dieser Verfolgung und Zerstörung sozialer Organisationen ziehen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Fall von Adolfo Múnera, den Coca-Cola im April 1997 beschuldigte, Mitglied der ELN zu sein, so dass Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Er ging nach Venezuela und leitete ein Verfahren ein, um zu beweisen, dass er gar keine Verbindung zur ELN hatte, was ihm auch gelang. Die Anklage wegen Terrorismus und Rebellion wurde für ungültig erklärt, aber Coca-Cola entließ ihn wegen Verlassens des Arbeitsplatzes, was ein berechtigter Kündigungsgrund ist. Daraufhin ging er juristisch gegen die Kündigung vor und bekam schließlich 2002 recht. Gleichzeitig begannen Drohungen gegen ihn, es wurde ein Preis auf seinen Kopf gesetzt: Ungefähr 10 Millionen Pesos für denjenigen, der ihn tötete, was sich besonders an die verbrecherischen und paramilitärischen Organisationen der Küste richtete. Der Kollege kam zur Sicherheit für etwa zwei Monate nach Bogotá. Als er sah, dass er den Prozess gegen Coca-Cola gewinnen würde, begab er sich nach Barranquilla, um dort ein paar Sachen zu organisieren und einige Probleme mit seiner Familie zu lösen. Als noch nicht eine Woche vergangen war, wurde er am 31. August 2002 ermordet. Nach seinem Tod entschied das Gericht, dass er wieder eingestellt werden und seine Arbeitslöhne von 1997 bis 2002 nachgezahlt werden müssen. Coca-Cola hatte offiziell nichts mit dem Fall zu tun. Aber wer zog den Nutzen daraus?

Jorge: Es ist eine Strategie der Konzerne und der Regierung, um die sozialen Organisationen zu zerstören. Bei Coca-Cola in Carepa zum Beispiel tauchten die Paramilitärs im Betrieb auf und zwangen alle Arbeiter, aus der Gewerkschaft auszutreten. Die gleichen Drohungen gab es in Barrancabermeja und gibt es jedes Mal, wenn wir uns im Konflikt mit dem Unternehmen befinden. Hinzu kommen die willkürlichen Verhaftungen in Bucaramanga, die Drohungen in Carepa: In Cúcuta entführten am 13. Dezember 2000 Paramilitärs den Kollegen Jorge Leal und sagten ihm, die Gewerkschaft solle mit dem Kampf gegen Coca-Cola aufhören. Die Regierung betreibt zusammen mit den Konzernen eine Politik der Zerstörung sozialer Organisationen mit allen Mitteln, seien sie politisch oder gewalttätig. Und Coca-Cola nimmt an dieser Politik teil.

Frage: Ihr habt erwähnt, dass auch die Paramilitärs an der Verfolgung von Gewerkschaftern beteiligt waren und insbesondere 1996 in Carepa die Arbeiter zwangen, aus der Gewerkschaft auszutreten. Was könnt Ihr darüber berichten?

Gonzalo: Zwischen 1993 und 1995 hatte es eine Reihe von Ermordungen gegeben, unter anderem wurden 1994 fünf Kollegen umgebracht, unter ihnen José Eleazar Manco und Enrique Gómez Granado. Der zwölfköpfige Gewerkschaftsvorstand wurde bedroht, so dass die Kollegen nach Bogotá fliehen mussten. Daraufhin wurde ihnen gekündigt und sie konnten nicht mehr zurückkehren. Die Gewerkschaft wählte dann einen neuen Vorstand und 1995 blieb es relativ ruhig, bevor es 1996 richtig losging: Am 28. November hatten wir dem Unternehmen mitgeteilt, dass es nach einer Frist von fünf Tagen den Beginn von Verhandlungen zum 5. Dezember bestätigen sollte. Die Antwort, die wir am 5. Dezember bekamen, war die Ermordung von Isidro Segundo Gil, Generalsekretär der Sektion Carepa und Mitglied der Verhandlungskommission. Die Paramilitärs ermordeten ihn im Betrieb. Am selben Nachmittag versuchten die Paramilitärs, den Kollegen Luis Adolfo Cardona zu entführen, aber als die Ent-

führer ihn schon im Auto hatten, gelang ihm die Flucht. Er brachte sich in Sicherheit und wurde von der Polizei mit seiner Familie nach Bogotá gebracht. Er lebt jetzt in Chicago. Am selben Abend plünderten die Paramilitärs das Büro der Gewerkschaft und steckten es in Brand.

Am nächsten Tag erschienen die Paramilitärs wieder im Betrieb, versammelten alle Arbeiter und sagten Ihnen, dass denjenigen, die nicht bis vier Uhr aus der Gewerkschaft ausgetreten wären, dass gleiche wie Isidro passieren würde. Die Kollegen meldeten sich bei uns und fragten, was sie tun sollen. Wir mussten ihnen antworten, dass wir nichts machen können, dass das Leben über allem steht und dass sie alle austreten sollen. Coca-Cola selbst hatte bereits die Austrittsformulare für die einzelnen Arbeiter vorbereitet, die nur noch unterschrieben werden mussten.

Am 26. Dezember wurde dann noch der Kollege José Herrera ermordet, ein Mechaniker, der schon über 60 Jahre alt war. Da er all die Verwicklungen zwischen Coca-Cola und den Paramilitärs kannte, wurde er festgenommen, ermordet und in der Nähe des Friedhofs geworfen. Wegen all dem war 1996 das schlimmste Jahr für die Menschenrechte: die Ermordung von Isidro und José Herrera, die Verfolgungen, die Inhaftierung der Kollegen in Bucaramanga; viele Kollegen wurden festgenommen, gefoltert, der Brand des Gewerkschaftsbüros. Es war ein sehr grausames Jahr für uns.

Frage: Wie habt Ihr darauf reagiert?

Gonzalo: Von Kollegen aus den USA unterstützt haben wir dort Klage gegen Coca-Cola Atlanta und gegen die Abfüllfirmen von Coca-Cola in Kolumbien erhoben wegen der Ermordung Isidros, wegen der willkürlichen Verhaftungen in Bucaramanga, wegen der Verfolgung des Juan Carlos Galvis und wegen der Entführung des Jorge Leal in Cúcuta. Dabei stützen wir uns auf ein amerikanisches Gesetz, nach dem man amerikanische Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen in den USA oder im Ausland verklagen kann. Die Klage wurde vom Gericht zugelassen, aber nur gegen die Abfüllfirmen in Kolumbien, nicht gegen Coca-Cola selbst. Dagegen haben wir Berufung eingelegt, weil wir denken, dass Coca-Cola in den USA ganz genau wusste, was passiert: Das Unternehmen bestimmt und kontrolliert sogar so irrelevante Sachen wie die Farbe der Uniformen der Angestellten in Kolumbien. Angesichts dessen erscheint es nicht besonders glaubwürdig, dass sie nicht auch Sachen kontrollieren, die viel wichtiger sind.

Frage: Wer finanziert den Prozess gegen Coca-Cola in den Vereinigten Staaten?

Gonzalo: Ein Teil wird von den United Steel Workers of America finanziert und der andere Teil vom International Labor Rights Fund.

Frage: Und wie hat Coca-Cola auf den Prozess reagiert?

Gonzalo: Die Antwort der Firma war eine Klage auf Schadenersatz in Höhe von 500 Millionen Peso wegen Verleumdung gegen die Kollegen, die die Klage eingereicht hatten. Aber Coca-Cola verlor und das von uns angestrebte Verfahren geht weiter. Wir hoffen nun, dass auch Coca-Cola selbst einbezogen wird. Dann versuchte das Unternehmen, sich indirekt mit der Gewerkschaft für Verhandlungen in Verbindung zu setzen. Es lud den Kollegen Jorge Cordero aus den USA über das Carter Centrum ein, wo sich dann ein Vermittler meldete. Dieser fragte, warum man sich nicht mit dem Unternehmen versöhne, das bereit sei, eine Entschädigung zu zahlen. Aber Coca-Cola wollte nicht zugeben, dass die Verbrechen tatsächlich geschehen sind, wollte nicht die Verantwortung für die begangenen Verbrechen übernehmen und bekennen, dass es aus den Verbrechen Nutzen gezogen hat.

Frage: Das hat euch nicht gereicht?

Gonzalo: Uns interessiert nicht so sehr eine finanzielle, sondern vor allem eine moralische Entschädigung und der Wiederaufbau der Gewerkschaft: Vor dem beschriebenen Konflikt waren wir die größte Gewerkschaft in der Region Urabá. Heute gibt es fast nur noch die rechte Gewerkschaft SICO. In Barrancabermeja blieben nur 22 Mitglieder übrig, in Bucaramanga circa 60 und so im ganzen Land. In Barranquilla sind es von den ehemals 500 noch etwa 70. Das heißt: Der Konflikt hat zu einer dramatischen Zerstörung der Gewerkschaft geführt. Und dazu die Toten.

Frage: Wie reagiert die Gewerkschaft im Fall von diesen Verfolgungen? Wie versucht ihr, die Familien zu unterstützen?

Gonzalo: Die Gewerkschaft unterstützt die Familien finanziell. Aber wir haben nicht viel Geld, also spenden wir einen Teil unseres Arbeitslohns damit sie mindestens das Nötigste bekommen, wie im Fall unserer Kollegen in Bucaramanga. Mitunter kämpfen wir auch für Entschädigungen, wie zum Beispiel im Fall der Familie des 1996 ermordeten Isidro Segundo Gil: 2000 wurde auch noch seine Frau Alcira Herrera de Gil umgebracht, so dass ihre beiden Kinder nun Waisen sind, die keine Pension haben, weil ihre Familie sehr arm ist.

Was die juristische Beratung betrifft, so unterstützt uns zum Glück die Stiftung Comité de solidaridad con los presos políticos, weil wir alle heute potentielle politische Gefangene sind. Die Anwälte beraten uns fast kostenlos, ausgenommen Material- oder Fahrtkosten. Außerdem hilft uns auch die Anwaltskanzlei Alvear Restrepo.

Frage: Wie sehen die Haftbedingungen der gefangenen Kollegen aus, zum Beispiel in Bucaramanga?

Gonzalo: Die Paramilitärs oder andere Gefangene können ihre Strafe durch Arbeit reduzieren. Den politischen Gefangenen wird das nicht erlaubt. Das einzige was man ab und zu tun darf, ist, ihnen etwas mitzubringen, damit sie sich ein würdigeres Essen zubereiten können. Ansonsten leiden sie unter Überbelegung und schlechter Behandlung.

Frage: Überbelegung?

Gonzalo: In einem Zimmer für zwei gibt es fünf, sechs oder sogar zehn Personen. Die hygienischen Bedingungen sind schlecht, ungesund. Aber die Moral der Leute ist gut, weil die Gewerkschaft da ist und ihre Familien sind trotz allem standhaft. Die drei Kollegen aus Bucaramanga zum Beispiel, die im Gefängnis waren, gehören nach wie vor zur Gewerkschaft und kämpfen weiter. Sie haben sich nicht einschüchtern lassen und das stärkt auch uns. Oder Kollegen wie Leal, der entführt und mit dem Tod bedroht wurde, und immer noch da ist. Wir sind auch trotz der Attentate immer noch da, und das stärkt die anderen Kollegen und ermöglicht es uns, weiter zu kämpfen.

Frage: Angesichts der Paramilitärs, des Einflusses der Konzerne auf die Politik, welche Erwartungen habt Ihr für die Zukunft?

Jorge: Wir erwarten, dass wir angesichts der ungerechten Politik der Konzerne wachsen, um stärker zu werden und so dieser Politik entgegenzutreten zu können. Dafür müssen wir zuerst erreichen, dass die Regierung die Abschaffung unserer Satzung zurücknimmt, weil wir außer den Industriearbeitern auch alle anderen, die mit Lebensmitteln zu tun haben, in der Gewerk-

schaft haben wollen. Dafür müssen wir mit den anderen Gewerkschaftsorganisationen zusammenarbeiten und gemeinsam kämpfen.

Gonzalo: Allerdings sind die Rahmenbedingungen angesichts der Politik des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez sehr negativ: Uribe verhandelt zur Zeit mit den Paramilitärs, er legalisiert sie als "Bauern-Soldaten", als Informanten oder versucht auf anderem Wege, sie in die zivile Gesellschaft wiederinzugliedern. Dabei war es Uribe selbst, der als Gouverneur von Antioquía die so genannten "Convivir" (Mitleben) – so etwas wie Kooperativen von Paramilitärs – ins Leben gerufen hat.

Aber wir glauben, dass dank der internationalen Anklage gegen Coca-Cola und unserer Kampagne die Welt die Politik des Unternehmens genauer beobachtet. Seit 2002 wurde kein Kollege mehr ermordet und das Unternehmen widmete sich unserer Zerstörung nur noch auf juristischem Wege. Und wenn diese Leute, anstatt den Konflikt zu finanzieren, entscheiden, dass es hier eine politische Lösung geben muss, durch die wirklich Frieden mit sozialer Gerechtigkeit erreicht wird, dann wird es mit der sozialen Realität nicht mehr abwärts gehen, sondern ein Wechsel wird im Gleichgewicht der verschiedenen Kräfte stattfinden. Wenn es wirklich Demokratie gibt, dann werden die sozialen Organisationen stärker, seien sie gewerkschaftlich, studentisch oder kommunal. Wenn die Welt Coca-Cola also weiter anprangert und die Kampagne unterstützt, werden wir die Möglichkeit haben zu überleben, sonst werden wir verschwinden. Wenn wir mit den anderen Organisationen und der Bevölkerung zusammenarbeiten, diese Kampagne fortsetzen und so verhindern, dass Coca-Cola jene Verbrechen weiter begeht, dann haben wir eine Chance. Trotz allem sind wir also optimistisch und hoffen, dass der Konflikt in Kolumbien mittels Dialog und Verhandlung gelöst wird

Frage: Wie kann eine Unterstützung hierbei konkret aussehen?

Jorge: Wir haben internationale Solidarität für die Kampagne gegen Coca-Cola bekommen und selbstverständlich wollen wir, dass diese Solidarität größer wird. Wir wissen, dass in vielen Schulen, Universitäten, Unternehmen und an anderen Orten Coca-Cola nicht mehr angeboten wird und das hilft uns, weil das Unternehmen auf diese Weise unter Druck gesetzt wird. Es muss Antworten auf die Forderungen der Gewerkschaft geben, wegen der Ereignisse in Carepa, in Barrancabermeja, in Cúcuta, in Bucaramanga, wegen der Ermordungen, der Vertreibungen, der willkürlichen Verhaftungen, der Drohungen. Also appellieren wir, dass diese Solidarität weiter geht, damit der internationale Kampf gegen diese Politik weiter geht.

Gonzalo: Wir möchten, dass die Leute erfahren, was in Kolumbien wirklich geschieht, dass der hiesige Konflikt nicht nur ein Konflikt zwischen Rebellen und Paramilitärs oder Rechts-extremen ist, sondern dass es einen Konflikt gibt, in dem die Arbeiter gerade zerstört werden und dass aus dieser Zerstörung nur die multinationalen Konzerne Nutzen ziehen. Die Welt soll erfahren, dass Coca-Cola nicht der Funke des Lebens ist, sondern der Funke des Todes – nicht erst hier in Kolumbien, sondern schon in Guatemala in den achtziger Jahren, wo etwa 21 Arbeiter verschwanden oder ermordet wurden. Das sind also keine Einzelfälle.